

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Beleglohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die gespaltene Zeile mit 80 Pf. berechnet, bei dreimonatiger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 162.

Dresden, Freitag den 17. Juli 1914.

25. Jahrg.

Im Wahlkreis Labiau-Wehlau findet Stichwahl zwischen dem konservativen und freisinnigen Kandidaten statt.

Die Verhandlungen im Lausiger Textilgebiet blieben bis jetzt ergebnislos, so daß die Aussperrung der 20 000 Arbeiter schon morgen Tatsache zu werden droht.

In Italien wird eine Expedition nach Libanien vorbereitet.

In Serbien sind 70 000 Reservisten einberufen worden.

In Rußland sind Pest und Cholera in der Zunahme begriffen.

Das Dorf Hearsy in Nordontario ist durch eine Feuersbrunst zerstört worden.

Labiau-Wehlau.

Am Donnerstag hat die Reichstagswahl für den verstorbenen konservativen Abgeordneten v. Nassow stattgefunden. Ueber den Ausgang der Wahl wird folgendes gemeldet:

Königsberg i. P., 17. Juli. Vorläufiges amtliches Wahlergebnis. Bei der Reichstagswahl im Wahlkreis Königsberg 2 (Labiau-Wehlau) erhielten von 15 849 abgegebenen gültigen Stimmen Kandidat Schrewe (kons.) 7522, Bürgermeister Wagner (fortschrittlich) 6131 und Parteiführer Linde (Soz.) 2176 Stimmen. Es findet Stichwahl zwischen Schrewe und Wagner statt.

Bei der Wahl im Jahre 1912 erhielt Dr. v. Nassow (kons.) 8556, Wagner (fortschrittlich) 6960 und der Sozialdemokrat Linde 2901 Stimmen. In der damaligen Stichwahl siegte der Konservative mit 9104 Stimmen gegen den Fortschrittler, der nur 8196 Stimmen erhielt.

Die Resultate einiger kleiner Orte stehen noch aus, doch wird dadurch am endgültigen Ergebnis nichts geändert werden. Die Sozialdemokraten verloren 769 und die Konservativen von 852 Stimmen, während die Fortschrittler einen Zuwachs von 273 Stimmen zu verzeichnen haben.

Wenigerwertig an dem Ausgang dieser Wahl ist, daß hier von dem Juge nach rechts, den man glaubte bei den Nachwahlen in einigen Wahlkreisen bemerken zu können, nicht die Rede sein kann. Die Freisinnigen haben einen Stimmenzuwachs erzielt, der zwar nicht gerade bedeutend ist, aber doch deshalb nicht so ganz gering angeschlagen werden darf, weil diesmal 1600 Wähler weniger ihre Stimmen abgegeben haben, als im Jahre 1912. Zwar ist auch die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen zurückgegangen, aber das ist, außer durch die geringe Wahlbeteiligung, dadurch zu erklären, daß viele im Wahlkreis anhängliche Bauarbeiter und Arbeiter, die sozialdemokratisch gestimmt hätten, sich außerhalb des Wahlkreises befinden.

Der Wahlkreis Labiau-Wehlau ist alter konservativer Pflanz. Bei der Reichstagswahl im Jahre 1910 kam er in freisinnige Hände, wurde aber im Jahre 1912 von den Konservativen wieder erobert. Daß gerade in diesem Wahlkreis die Konservativen jetzt einen empfindlichen Stimmenverlust erlitten haben, dürfte nicht zum mindesten darin seinen Grund haben, daß gerade in Labiau-Wehlau die Bevölkerung so reichlich Gelegenheit hat, die Willkürherrschaft der Junker mit allen ihren Schönheiten in Reinkultur vor sich zu sehen. Daß auch jetzt bei den Wahlen wieder der amtliche Apparat in der üblichen Weise für die Konservativen in Bewegung gesetzt wurde, braucht wohl kaum erst gesagt zu werden. Selbstverständlich trieben die Konservativen, wo es hing, ihren Segnern die Säle ab, und wo schließlich doch Versammlungen der Freisinnigen abgehalten wurden, suchte man sie zu föhren. Die Kampfwiese der Konservativen war natürlich auch sonst nicht gerade sein. Das konservative Wehlauer Tageblatt mußte zu berichten, daß Pfarrer Raumann den ruflosen Wunsch geäußert hätte, den Kaiser vom Thron zu nehmen und in Deutschland die Republik einzuführen. Das muß ausgerechnet dem braven Pfarrer Raumann passieren, der diese Wörter darüber geschrieben, daß er die Monarchie für eine sehr notwendige Einrichtung hält. Selbstverständlich werden unsere Genossen bei der Stichwahl den fortschrittlichen Kandidaten unterstützen, und man darf hoffen, daß es gelingen wird, den Wahlkreis den Konservativen zu entreißen. Das würde eine Schwächung der Stellung der Konservativen im Reichstag bedeuten, die um so begrüßenswerter ist, als es ja leicht möglich ist, daß dem Reichstag in seiner nächsten Tagung Gesetze vorgelegt werden, die die Freiheit und die Wohlfahrt des deutschen Volkes auf ärgste bedrohen. Bei den gegenwärtigen Stärkeverhältnissen im Reichstag kann daher eine einzelne Stimme mehr oder weniger auf der einen oder anderen Seite ausschlaggebend sein. In jedem Falle zeigt der Ausgang der Wahl, daß die Konservativen nicht etwa über den Berg sind. Sie haben durchaus nicht die Sicherheit, daß die ihnen feindliche Welle, die ihnen 1912 einen Teil ihrer Mandate entriß, vorüber ist. Zumal der Kulturkampf gegen die Vermögenszuwachssteuer, der jetzt von konservativer Seite immer wieder verjüngt wird, dürfte dazu beitragen, der Entrüstung über das volksfeindliche Handeln der Junker neue Nahrung zu geben, so manchem die Augen zu öffnen, der bisher in den Konservativen vielleicht doch noch die ungenügenden Streiter für Thron, Altar und Vaterland sah, als die sie sich ausgeben.

Sächliche Gewerbeinspektion 1913.

1. Allgemeines. — Revisionsstätigkeit.

Ein wenig früher als sonst sind in diesem Jahre die Berichte der sächlichen Fabrikinspektoren erschienen. Der blaue Band ist diesmal auch um genau 200 Seiten kürzer als der von 1912 und erinnert wenigstens in seiner äußeren Form an die Zeiten, wo aus den einzelnen Bezirken umfangreiche Berichte gegeben und ungekürzt in dem Jahressbande vereinigt wurden. In diesem Verfahren ist man allerdings nicht zurückgekehrt. Die einzelnen Berichte sind vielmehr auch diesmal wieder zu fünf gedrängten Heften über die Beobachtungen in den Kreisbauinspektoren zusammengeordnet worden, wodurch zwar eine schnellere Orientierung ermöglicht wird, aber wohl auch manche interessante und bedeutende Mitteilung aus den einzelnen Inspektionsbezirken verloren geht. Der größere Umfang der diesjährigen Jahresberichte ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Resultate einer umfassenden Erhebung über die Arbeitszeiten in den verschiedenen Industriezweigen sehr eingehend durch Tabellen und Abhandlungen veranschaulicht sind. Ferner hat das Inkrafttreten des Hausarbeitsgesetzes Veranlassung zu eingehenderen Erörterungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Heimarbeiter gegeben, wozu ebenfalls statistische Angaben und sonstige Mitteilungen in dem Jahressbande enthalten sind. Schließlich ist diesmal auch die seit einigen Jahren übliche Einleitung viel umfangreicher als in früheren Jahren ausgefallen. So erstreckt sich die um 200 Seiten größere Stärke des Jahressberichts für 1913.

Es wird nötig sein, die Ergebnisse der erwähnten Untersuchungen in besonderen Artikeln etwas eingehender zu würdigen. Zunächst jedoch einige allgemeine Bemerkungen über den vorliegenden Jahressbericht. Er weist, abgesehen von den besonderen Mitteilungen über Arbeitszeit und Heimarbeiter, alle die Mängel fast ungemindert auf, die wir früher mehrfach gerügt haben und die auch im Landtage schon eindringlich hingewiesen worden ist. Die oft recht dürftigen Angaben sind nach dem nun sechs oder sieben Jahre alten Schema geformt, und war so, daß häufig dieselben Worte angewandt werden wie in früheren Berichten, so daß man auf den ersten Blick glauben könnte, es sei manches aus früheren Bänden abgeschrieben. Noch immer wird Unwesentliches oft breit behandelt, dagegen werden Gebiete der wirtschaftlichen oder sozialen Tätigkeit oft kaum erwähnt oder gänzlich mit Schweigen übergangen. Die oft bemängelte Einheitlichkeit, die besonders bei eingehenden Schilderungen sogenannter Wohlfahrtseinrichtungen und Gründungen gelber Werkzeuge zutage trat, während auf der anderen Seite die wichtige Wirkksamkeit der gewerblichen Ignoranz wurde, zeigt sich auch noch in dem vorliegenden Bericht; doch sprechen einige sorgfältigere Stellen über die gewerbliche Stärke und Tätigkeit dafür, daß die besonders auch im Landtage geübte Kritik nicht ganz fruchtlos gewesen ist. Auch scheint man sich bemüht zu haben, mit den Verbesserungen der Werkzeuge etwas mehr zurückzuhalten.

Natürlich wird dadurch nichts an dem wenig arbeiterfreundlichen Geiste geändert, der in der sächlichen Fabrikinspektion herrscht. Wenn er auch nicht mehr ganz so ichroff zutage tritt, so ist er doch noch vorhanden. Insbesondere deutet nichts in dem neuesten Berichte darauf hin, daß sich die Aufsichtsbeamten irgendwie bemüht hätten, Fühlung mit der Arbeiterschaft zu erhalten oder sich sonst deren Vertrauen zu erwerben. Die Beamten scheinen darauf keinen Wert zu legen, obwohl sie doch vor allem wissen müßten, daß ohne die vertrauensvolle Unterstützung und Mithilfe der Arbeiter eine erfolgreiche Revisionsstätigkeit, ein durchgreifendes Aufsehen von Mischlingen kaum zu ermöglichen ist.

Der Mangel an Vertrauen der Arbeiterschaft kommt denn auch durch die nur kleine Zahl von Arbeitern zum Ausdruck, die sich direkt mit Beschwerden über Mischstände oder sonstigen Anliegen an die Aufsichtsbeamten wandte. Das gilt besonders vom Dresdner und Leipziger Bezirk, wo dreifachmal mehr Unternehmer als Arbeiter an den Amtsstellen der Aufsichtsbeamten vorprachen, und zwar im ersteren Kreise 590 Unternehmer neben nur 20 Arbeitern und im Leipziger Distrikt 1014 Unternehmer und nur 31 Arbeiter. Wesentlich besser war es im Chemnitzer Kreise, wo 242 Arbeiter und 480 Unternehmer in den Bureau der Gewerbeinspektion vorprachen. Die Gesamtzahl der Personen, die sich direkt an die Amtsstellen wandten, ist wesentlich zurückgegangen, und zwar die der Unternehmer von 2731 auf 2559 und die der Arbeiter von 407 auf 396. Der geringere Besuch aus Fabrikantenkreisen wird darauf zurückgeführt, daß die Kampfwiese aufrecht den Fabrikinspektoren abgenommen worden ist; über den Rückgang des Arbeiterbesuches wird keine Erklärung verfaßt. Doch sei noch erwähnt, daß 316 schriftliche Beschwerden und Anfragen aus Arbeiterkreisen eingingen, genau soviel wie im vorigen Jahre. Außerdem sprachen bei den Beamten der einzelnen Kreisbauinspektoren noch 86 Lesender persönlich vor, um sich Rat und Auskunft zu holen. Wieviel davon Arbeiterkreise waren, darüber verläßt nichts.

Schließlich der Anzahl der Revisionen ist zwar eine kleine Besserung im Berichtsjahre eingetreten, ein befriedigender Zustand jedoch noch nicht erreicht worden. Noch immer ist man in Sachen weit von der Erfüllung der Forderung entfernt, daß jeder Betrieb wenigstens einmal im Jahre von

einem Fabrikinspektor besucht wird. Von den 35 166 revisionspflichtigen Betrieben mit mehr als 10 Arbeitern wurden 1913 nur 25 555 besucht, also im Durchschnitt von 100 Betrieben nur 72,7, während im vorigen Jahre nur 66,0 Proz. der Anlagen revidiert wurden. In den revisionspflichtigen Betrieben standen insgesamt 824 161 Arbeiter, in den revidierten 717 707; es waren somit von 100 Arbeitern nur 87,1 in einem revidierten Betriebe tätig. Auf einen Beamten entfielen im Jahresdurchschnitt 465 revidierte Betriebe mit 13 049 Arbeitern. Außer den Anlagen mit mindestens zehn Arbeitern unterstanden jedoch auch noch 13 440 kleinere Betriebe, der Kontrolle, für die besondere Vorschriften des Bundesrats nach § 12b der Gewerbeordnung erlassen worden sind. Von diesen wurden nur 2703, das sind 20,1 Proz., von einem Beamten im Berichtsjahre besucht; es blieben somit beinahe vier Fünftel dieser Betriebe unrevidiert. Unter solchen Umständen ist kaum zu erwarten, daß die im Interesse der Arbeiter erlassenen Verordnungen sonderlich beachtet werden sind.

Der Revisionsstätigkeit sind nur in zwei Fällen größere Schwierigkeiten erwachsen, und zwar in einem Falle bei Besichtigung eines Zweibruchs durch den Amtsbauinspektor und in einem anderen bei der Besichtigung einer Motorenfabrik, in der Schulfelder beschäftigt wurden. Doch wird Kärber über die Art der Schwierigkeiten nicht mitgeteilt. Im übrigen enthält die allgemeine Einleitung in dem Berichte noch folgende Angaben über die Wirkksamkeit der Inspektionsbeamten: „Eine erhebliche Quantität von männlichen und weiblichen Aufsichtsbeamten ist bei Schlichtungs-Versuchen und Regelung von Lohn-Angelegenheiten zu verzeichnen gewesen. Beispielsweise nahm die Gewerbeinspektion Bauen teil an erfolgreichen Vergleichsverhandlungen bei Aufstellung eines neuen Lohntarifs, und die Inspektion Bittau betätigte sich erfolgreich an der Beilegung eines Ausstandes. Ferner haben die Beamtinnen des Dresdner Bezirks 24 Lohnprüfungen anlässlich von Blumenfesten vorgenommen und — gleich den Beamtinnen aus anderen Bezirken — Beziehungen mit Polizei-Beamten, Gemeindevorständen und Lehrern wegen Durchführung des Kinderbeschützes unterhalten. Solche Bestanden auch zwischen der Gewerbeaufsicht und den Kinder-Schutz-Kommissionen der organisierten Arbeiter.“

Schließlich wird noch mitgeteilt, daß die Leipziger Gewerbeinspektion Vortragsabend über wichtige gewerbliche Bestimmungen, Volkswirtschaftslehre und Gewerbebegünstigung für Unternehmer und Arbeiter gehalten habe, die von 263 Personen besucht worden sind. Auch haben zwischen den Gewerbeaufsichtsbeamten und den Bezirksärzten ein reger persönlicher Verkehr und Meinungsaustausch stattgefunden, und es seien auch 32 gewerbliche Anlagen, in denen die Gesundheit der Arbeiter besonders gefährdet erschienen ist, gemeinsam mit Bezirksärzten besichtigt worden.

Die Bauaufsicht hinsichtlich des Kinderbeschützes war besonders den weiblichen Beamten übertragen, die im Berichtsjahre etwa 600 Betriebe mit zusammen 1663 eigenen und 1845 fremden Kindern besuchten; außerdem revidierte die Dresdner Aufsichtsdame noch 837 Gärtnereien, um den Umfang der Kinderarbeit in diesen festzustellen. Eine erhebliche Quantität von Besuchen der Gewerbeinspektion veranlaßte auch die Unternehmung über die Heimarbeiter, deren Resultate in den weiteren Artikeln gewürdigt werden sollen.

Die Offsee.

Mit einiger Verpöhlung hat der Präsident der französischen Republik, begleitet von dem Chef des Ministeriums, die Reise nach Rußland angetreten. Die Verzögerung war bekanntlich verursacht durch jene für die Franzosen krasprierenden Entwürfen, die der Senator Dumont über die unzulässige Anwesenheit der französischen Armee machte. Wie weit diese Kritik berechtigt war, und wie weit auch hinter ihr die Treibereien der Rüstungsinteressenten stehen, läßt sich schwer beurteilen, aber immerhin wird Herr Poincaré mit etwas gemilderten Gefühlen sich der russischen Hauptstadt nähern, denn die Bundesgenossen an der Dvina werden ohne Zweifel recht ernste und tadelnde Klagen aufsetzen. Die französische „Vereinstakt“ wird zwar die Konturen der russischen sicher noch ausmalen, aber die Russen haben doch, wenn anders ein viel zitiertes Wort nicht in den Bereich der politischen Legende gehört, unter Hinweis auf ihr Gerüchtheit die Franzosen zu neuen Rüstungen getrieben, und so lange man ihnen nicht direkt etwas benehmen kann, was ja bei dem Mangel an Öffentlichkeit im Jarenreich unter allen Umständen keine Schwierigkeiten hat, können sie sich jetzt aufs hohe Pferd setzen. Wenn dabei auch nichts anderes herauskommt, als daß Frankreich etwaigen neuen Selbstforderungen ein geneigteres Ohr schenken muß, so ist schon allerlei erreicht.

Die Zusammenkunft zwischen dem Präsidenten und dem Jaren wird, wie es auch kommen mag, von den deutschen Rüstungshebern jedenfalls nach Kräften ausgebeutet werden und wir wollen einmal abwarten, ob nicht die der Regierung angeblid heute noch lebenden Gräber für eine neue Verres- und Flottenverfärfung bald nach der Heimkehr Poincarés ge-